

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)

vom 23. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juli 2025)

zum Thema:

Suizidrate in Berlin im Jahr 2023 und 2024

und **Antwort** vom 1. August 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 4. August 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23386

vom 23. Juli 2025

über Suizidrate in Berlin im Jahr 2023 und 2024

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele vollendete Suizide gab es im Jahr 2023 und 2024 in Berlin? Bitte quartalsweise, nach Geschlecht und in geeigneten Altersgruppen darstellen.

Zu 1.:

Fälle von vollendeten Suiziden werden in Berlin durch die Todesursachenstatistik erfasst. Die aktuellsten zur Verfügung stehenden Daten der Todesursachenstatistik sind jene vom Kalenderjahr 2023 und können nachstehender Tabelle entnommen werden.

Sterbefälle aufgrund vorsätzlicher Selbstbeschädigung (ICD-10: X60-X84) in Berlin 2023
nach Geschlecht und Altersgruppen:

	Sterbedatum Jahr 2023			
	Quartal			
	1	2	3	4
Geschlecht				
männlich				
Alter				
bis 49 Jahre	24	33	35	14
50 Jahre und älter	70	65	44	46
insgesamt	94	98	79	60
weiblich				
Alter				
bis 49 Jahre	14	14	11	6
50 Jahre und älter	41	47	37	33
insgesamt	55	61	48	39
insgesamt				
Alter				
bis 49 Jahre	38	47	46	20
50 Jahre und älter	111	112	81	79
insgesamt	149	159	127	99

(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung: SenWGP - I A -)

2. Wo wurden Suizide ausgeführt?

Zu 2.:

Hierzu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

3. Wie hoch ist die Belegung von Kinder- und Jugendpsychiatrien in Berlin? Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um die Situation zu verbessern? Bitte monatlich auflisten.

Zu 3.:

Die aktuellsten, dem Senat vorliegenden Krankenhausdaten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg beziehen sich auf das Jahr 2023. Im Jahr 2023 lag die Auslastung der im Krankenhausplan des Landes Berlin aufgenommenen Krankenhäuser im Fachbereich Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie (KJPP) bei durchschnittlich 99,7% im vollstationären Bereich und bei 90,1% im teilstationären Bereich.

Zum aktuell gültigen Krankenhausplan 2020 wurden aufgrund der anhaltend hohen Auslastung im Fachbereich KJPP bereits 163 zusätzliche Kapazitäten ausgewiesen.

Dabei ist noch anzumerken, dass die Stärkung und Aufrechterhaltung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und nicht vollumfänglich in das Gesundheitssystem ausgelagert werden kann.

4. Wie hoch ist die Belegung von Psychiatrien in Berlin? Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um die Situation zu verbessern? Bitte monatlich auflisten.

Zu 4.:

Die aktuellsten, dem Senat vorliegenden Krankenhausdaten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg beziehen sich auf das Jahr 2023. Im Jahr 2023 lag die Auslastung der im Krankenhausplan des Landes Berlin aufgenommenen Krankenhäuser im Fachbereich Psychiatrie und Psychotherapie bei durchschnittlich 100,8% im vollstationären Bereich und bei 103,3% im teilstationären Bereich.

Zum Krankenhausplan 2020 wurden für psychisch erkrankte Erwachsene aufgrund der anhaltend hohen Auslastung im Fachbereich Psychiatrie und Psychotherapie 364 zusätzliche Kapazitäten ausgewiesen.

5. Welche Gründe sieht der Senat für die dauerhaft hohe Quote von Suiziden in Berlin?

Zu 5.:

Die Suizidrate in Berlin ist Ausdruck eines komplexen Zusammenspiels biologischer, (psycho-)sozialer, ökonomischer und stadtstruktureller Einflussfaktoren. Diese werden in der unter nachstehendem Link verfügbaren Broschüre der Deutschen Akademie für Suizidprävention (2021) aufgegriffen: <https://www.naspro.de/dl/Suizidpraevention-Deutschland-2021.pdf>

Für weitere Ausführungen wird auf die Drucksachen 18/25439, 19/10325 und 19/19017 verwiesen.

Berlin, den 01. August 2025

In Vertretung
Dr. Henry Marx
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege